

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 80 38/39  
Telex: 888846 ppbn d

## Inhalt

Dr. Hans-Jochen Vogel skizziert die bevorstehenden Aufgaben der SPD: Die SPD spürt wieder Rückenwind.  
Seite 1

Gerhard Heimann MdB und Walter Momper plädieren für eine enge Bindung Berlins an den KSZE-Prozeß: Berlin im KSZE-Prozeß.  
Seite 3

Klaus Daubertshäuser MdB schlägt Verkehrssicherheitskurse für Autofahrer vor: Mut zu neuen Wegen.  
Seite 6

42. Jahrgang / 246

28. Dezember 1987

Die SPD spürt wieder Rückenwind

Die Partei gewinnt die Meinungsführerschaft zurück

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB  
SPD-Vorsitzender und Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Der Jahreswechsel gibt Anlaß zu einem Rückblick auf einige Ereignisse des vergangenen, politisch wechselvollen Jahres. Wir stehen am Ende dieses Jahres besser da, als an seinem Anfang. Bei aller Skepsis gegenüber der Meinungsforschung: Die 42 Prozent Zustimmung, die wir gegenüber den 38 Prozent der CDU/CSU zur Zeit erfahren, sind ein Zeichen, daß wieder mehr Bürgerinnen und Bürger uns die Gestaltung der Zukunft zutrauen und das hilflose „Weiter so“ der Regierung ablehnen. Wir gewinnen in vielen Fragen die Meinungsführerschaft zurück, während sich die Bundesregierung in zentralen Bereichen der Politik wie der Sicherung der Arbeitsplätze, der Steuerreform und der Sozialpolitik perspektivlos und gelähmt in schwere innere Ringkämpfe verstrickt.

Wichtiges Vertrauen in die Politik ging nicht nur durch den Skandal in Kiel verloren. Auch die Stahlarbeiter an Rhein und Ruhr zweifeln an dem Willen der Bundesregierung, den betroffenen Menschen und Regionen zu helfen. Der Dollarkurs sinkt auf immer neue Rekordtiefen, und die Bundesregierung verharrt in ihrer konjunkturepolitischen Untätigkeit. Nicht nur Industrie und Banken warten vergeblich auf finanzpolitische Initiativen der Regierung. In vielen Gemeinden herrscht die schlichte Ratlosigkeit und tiefe Sorge, wie sie mit den Folgen der neuen Steuerreform fertig werden sollen. Das Miniprogramm der Bundesregierung, mit dem sie unser Programm „Arbeit und Umwelt“ halbherzig zu kopieren sucht, wird diesem Handlungsbedarf in keiner Weise gerecht. Im Gegensatz dazu würde das von uns in der letzten Woche vorgelegte Programm „Arbeit, Umwelt und Investitionen“ mit einem Wirkungsvolumen von 40 bis 50 Milliarden DM den Erwartungen entsprechen und das erschütterte Vertrauen wieder herstellen. Wir wollen gezielt den Regionen helfen, die den Strukturwandel zu bewältigen haben. Gerade hier gilt es, rasch und entschlossen alles zu tun, um in der entstandenen Notlage zu helfen.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verantwortlicher Umwelt-  
redaktioneller Partner  
Recycling-Papier



Nach dem Gipfel von Washington sind die Aussichten größer geworden, daß wenigstens auf dem Gebiet der Außenpolitik mehr Gemeinsamkeit zwischen Regierung und Opposition entsteht. Gemeinsam sollten wir daran gehen, weitere Chancen zur Abrüstung, wie zum Beispiel der Reduzierung der strategischen Systeme und der Kurzstreckenraketen zu nutzen, ein Atomtestverbot, die Abschaffung chemischer Waffen und den Abbau konventioneller Ungleichgewichte durchzusetzen. Gemeinsamkeiten sind dabei allerdings nicht mit den Kräften in der Union möglich, die jetzt schon wieder von Nachrüstung und Modernisierung der Kurzstreckenraketen reden.

Übereinstimmung kann es auch auf dem Gebiet der Rentenpolitik geben. Nötig wäre sie auch bei der Reform des Gesundheitswesens, bei der wir allerdings weit davon entfernt sind. In all diesen Feldern haben wir unsere Vorschläge gemacht. Gerade in einer Zeit, in der die mit uns im Wettbewerb stehenden Parteien immer mehr an Boden verlieren, wächst uns eine zusätzliche Verantwortung zu.

Das Jahr 1988 ist für uns Sozialdemokraten ein Jubiläumsjahr, in dem wir das 125jährige Bestehen unserer Partei feiern. Dies wird uns Gelegenheit geben, an unsere Geschichte und unsere Leistungen zu erinnern. Dabei wird auch von unseren Niederlagen, von Rückschlägen und von Zeiten der Mutlosigkeit die Rede sein. Aber wir werden mit Stolz darauf verweisen, daß wir mit Abstand die älteste demokratische Partei unseres Landes sind. Und wir werden deutlich machen, daß die meisten politischen und gesellschaftlichen Fortschritte des letzten Jahrhunderts von uns angestoßen und in zähem Ringen gegen konservativen Widerstand durchgesetzt worden sind. Das alles wird uns zusätzlich anspornen, die Aufgaben zu bewältigen, die 1988 vor uns liegen. Ich nenne nur

- die Landtagswahlen in Baden-Württemberg und in Schleswig-Holstein,
- die Arbeit an unserem neuen Grundsatzprogramm,
- die praktische politische Arbeit in Rathäusern, in den Parlamenten und in der Vielfalt der gesellschaftlichen Organisationen und Initiativen.

Wir spüren wieder Rückenwind. Ich bin zuversichtlich, daß das auch 1988 so sein wird, weil wir, anders als die Sonthofener Strategie, unsere Aufgaben in konstruktiven Alternativen sehen und alles tun, um sie zu realisieren.

(-/28.12.1987/vo-he/st)

\* \* \*

## Berlin im KSZE-Prozeß

## Eine europäische Rolle für Berlin (West)

Von Gerhard Heimann MdB und Walter Momper  
Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD Berlin

Die Berliner haben es nie geschätzt, wenn bittere Realitäten mit schönen Worten oder leeren Verheißungen verschleiert werden sollten. Der Bundeskanzler, der ja bekanntlich besonders tief in die Mottenkiste des nationalen Pathos langt, wenn er sich von Berlin aus an die Nation wendet, hat das bis heute nicht begriffen. Eberhard Diepgen ist da klüger. Er vermeidet die direkten Peinlichkeiten; aber auch er redet reichlich verschwommen von Berlin als der „Hauptstadt der Nation“ und sagt selten exakt, ob er von Berlin (West) oder Berlin (Ost) oder von ganz Berlin spricht. Seine Partei, die Berliner CDU, hat immer noch nicht Abschied von der Illusion genommen, wonach Berlin (West) so etwas sei wie der abgetrennte Teil einer gesamtdeutschen Hauptstadt im Wartestand. Was einmal Hoffnung für alle Berliner war, wird Tag für Tag mehr an der Wirklichkeit der fortdauernden Zwei-staatlichkeit Deutschlands zerschissen. Wenn schon unbedingt von Hauptstadt die Rede sein muß, dann bleibt nur Berlin (Ost) übrig, das faktisch und funktional Hauptstadt der DDR ist, was immer auch der Status von Berlin besagen mag.

Berlin (West) dagegen wird in einer historisch überschaubaren Zeit nicht wieder Hauptstadt sein. Es muß sich daher eine andere Bestimmung suchen. Als solides Fundament für alle weitergehenden Überlegungen hat sich bisher der Vier-Mächte-Status der Stadt und das dahinter stehende Interesse der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges an der Aufrechterhaltung ihrer Kontrolle über Berlin und Deutschland erwiesen. Das Problem mit diesem Status ist, daß er, völkerrechtlich gesehen, in seinem innersten Kern Besatzungsrecht ist. Wenn vermieden werden soll, daß dieses Besatzungsrecht eines Tages nur noch anachronistisch empfunden wird, dann muß Berlin (West) rechtzeitig in eine europäischen Entwicklung eingebettet werden, der die Zukunft gehört. Wer künftigen Generationen die Existenz von Berlin (West) als sinnvoll verständlich machen will, wird andere Erklärungsmuster brauchen als das politisch untergegangene Deutsche Reich und das Besatzungsrecht der Sieger.

Die Zukunft, von der hier die Rede ist, hat schon begonnen. Sie heißt Europa. Europa, das ist zunächst einmal Westeuropa, zu dem Berlin (West) gehört. Die Europäische Gemeinschaft ist heute in Wirklichkeit ein Riese, der seine Kräfte noch nicht kennt, jedenfalls, wie der enttäuschende Ausgang des EG-Gipfels in Kopenhagen gerade wieder gezeigt hat, von ihnen noch keinen angemessenen Gebrauch zu machen versteht. Dabei übertrifft die Europäische Gemeinschaft schon heute, was Bevölkerungszahl, Bruttosozialprodukt, Kaufkraftstandard und Außenhandel angeht, in fast jeder Hinsicht die Sowjetunion und selbst die Vereinigten Staaten oder steht ihnen wenigstens gleich.

Europa ist jedoch mehr als nur die Europäische Gemeinschaft. Das wird in Bonn, in Straßburg oder Brüssel oft verdrängt und vergessen. In Berlin (West) ist es mit Händen zu greifen und kann nicht übersehen werden: Zu Europa gehören auch die sozialistischen Staaten Ostmittel-, Südost- und Osteuropas. Vor allem gehört nach Geschichte, Politik und teilweise Geographie auch die Sowjetunion dazu. Die Vereinigten Staaten sind zwar keine europäische Macht, aber sie haben seit dem Ersten und vollends seit dem Zweiten Weltkrieg starke Interessen in Europa. Das Europa, von dem hier die Rede ist, das nicht an der Elbe endet, hat zum ersten Mal 1975 in der Schlußakte von Helsinki Gestalt angenommen. Es umfaßt auch die neutralen und blockfreien Länder Europas mit Ausnahme Albaniens. Seither macht der nach der „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ benannte sogenannte KSZE-Prozeß langsam, aber sicher Fortschritte.

Von den Themen, die in der Schlußakte von Helsinki aufgeführt worden sind, sind erst die wenigsten behandelt worden, und auch diese lange noch nicht abschließend. Bisher haben zwei KSZE-Folge-treffen in Belgrad und Madrid stattgefunden; das dritte in Wien dauert noch an. Wichtige Ergebnisse bringt die „Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa“ (KVAE) in Stockholm. „Sicherheit in Europa“ und „humanitäre Fragen“ werden noch lange auf der Tagesordnung stehen. Dagegen muß alles, was mit den Bereichen der Wirtschaft, der Wissen-

schaft und der Technik sowie der Umwelt zusammenhängt, mit politischem Nachdruck auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Eines läßt sich gerade in diesen Tagen ziemlich genau vorhersagen: Je mehr Fortschritte die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion auf dem Gebiet nuklearer Abrüstung machen, um so mehr rückt die Bedrohung durch Kurzstreckenraketen, chemische Waffen und konventionelle Streitkräfte in den Mittelpunkt. Kurzstreckenraketen, chemische Waffen und konventionelle Streitkräfte aber sind durch und durch europäische Themen, weil Waffen dieser Art nicht strategisch interkontinental, sondern sinnvollerweise nur regional, also zum Beispiel in Europa, einsetzbar sind. Die Europäisierung sicherheitspolitischer Fragestellungen wird, ob sie nun innerhalb des KSZE-Prozesses oder parallel dazu stattfindet, dem Prozeß insgesamt eine sehr viel größere Bedeutung als bisher verleihen. Macht man sich aber erst klar, daß aus der Interessenlage der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten in Europa die Abrüstung nur ein erster notwendiger Schritt ist, um sich den auf lange Sicht sehr viel wichtigeren Fragen der industriellen Modernisierung und inneren Reform ihrer Volkswirtschaften zuzuwenden, dann ist der Zeitpunkt absehbar, von dem ab die Themen „Handel, Industrielle Kooperation, Wissenschaft und Technik und Umwelt“ mindestens gleichwertig neben „Sicherheit“ und „humanitäre Fragen“ treten. Wahrscheinlich wird sogar von ihnen die eigentlich systemübergreifende Dynamik in Europa ausgehen. Schon heute kann man annehmen, daß das neuerdings offenbar ernste Interesse der Sowjetunion an den Erörterungen von „Menschenrechtsfragen“ in einem direkten Zusammenhang zu den in der Sowjetunion selbst in Gang gesetzten inneren Reformen steht.

Beschleunigung und Intensität des KSZE-Prozesses können sich noch mehrfach ändern; denn jeder Veränderungs- und Reformprozeß ist ein „go and stop“ und unterliegt den Gesetzen der Dialektik. Aber der mit dem KSZE-Prozeß eingeschlagene gesamteuropäische Weg selbst ist umkehrbar; und, auf das Ganze der Strecke gesehen, wird jeder Rückschritt nur eine Atempause gewesen sein. Zur Zeit sieht es so aus, als ob es ein paar Meilen vorangehen würde.

So hat die Sowjetunion ihr konkretes Interesse angemeldet, eine KSZE-Folgekonferenz über Menschenrechtsfragen (KSZE-Korb 3) in Moskau stattfinden zu lassen. Das wiederum ist für Frankreich Anlaß, darauf hinzuweisen, daß 1989 der 200. Jahrestag der Großen Französischen Revolution begangen wird, also der Revolution, die die Verbreitung der Menschen- und Bürgerrechte in Europa so stark befördert hat. Die Franzosen meinen deshalb, die angestrebte Konferenz über humanitäre Fragen gehöre nach Paris. Weitere Konferenzen stehen ins Haus: eine Konferenz über konventionelle Rüstungskontrolle (KRK), über Technologietransfer und ein Wirtschaftsforum, das die Bundesregierung nach Bonn holen will. Die Frage, die sich geradezu aufdrängt, ist: Warum hat bisher noch keine Konferenz im Rahmen des KSZE-Prozesses in Berlin (West) stattgefunden? Berlin (West) ist heute schon ein besonderer Faktor im Ost-West-Wirtschaftsverkehr. Die Stadt ist aufgrund ihrer geographischen Lage wie keine andere geeignet, ein Zentrum des Handels zwischen den Systemen zu werden, deshalb bietet sich gerade Berlin (West) für das geplante Wirtschaftsforum an. Wäre nicht Berlin (West) sogar der ideale Standort für die Institutionen, die dieser Prozeß nach und nach hervorbringen wird, zum Beispiel die ständigen Sekretariate? In diesem Zusammenhang wäre auch die Bildung einer Gemeinsamen Kommission zwischen EG und RGW ernsthaft zu erwägen.

Die Idee ist, aus dem vermeintlichen Nachteil von Berlin (West), nämlich seiner politisch-geographischen Lage als westlicher Stadt mitten in der DDR, einen Vorteil zu machen. Man könnte auch sagen: Die Realitäten so anerkennen, wie sie sind, und sich darin bewegen lernen. Berlin hätte eine Aufgabe für die Zukunft, wenn es wie Genf und Wien zu einem Zentrum der Begegnung zwischen Ost und West werden würde. Dies geht natürlich nur auf der Basis eines friedlichen Wettbewerbes zwischen Ost und West, und deshalb ist es so wichtig, daß der Entspannungsprozeß wieder in Gang kommt und daß Berlin darin voll einbezogen wird. Berlin ist unbezweifelbar der Ort der kürzesten Wege zwischen West und Ost. Die politische Kunst besteht darin, die Wege zu erschließen und in beiderlei Richtung begehbar zu machen. Dazu hat die SPD-Bundestagsfraktion ein Bündel von Maßnahmen vorgeschlagen. Einer dieser Vorschläge ist, Berlin eng mit dem KSZE-Prozeß zu verbinden.



Nun wird ein solcher Vorschlag zunächst auf eine Reihe von Einwänden stoßen. Eine der ernstzunehmenden Fragen wäre die, wer nach Berlin (West) einzuladen hätte. Das Vier-Mächte-Abkommen enthält hierzu in Anlage IV A und B eine Regelung, die, unter der Voraussetzung, daß Angelegenheiten der Sicherheit und des Status nicht berührt werden, Einladungen durch den Senat oder gemeinsam durch die Bundesregierung und den Senat vorsieht. Unberührt vom Vier-Mächte-Abkommen haben selbstverständlich die Statusmächte selbst das Recht, jederzeit einzuladen, zum Beispiel eine Außenministerkonferenz, wenn sie das für nützlich hielten. Welcher Weg am Ende eingeschlagen werden sollte, muß sicher noch erörtert werden. Aber allein die Aufzählung der Möglichkeiten zeigt, daß es bei ernsthaftem Willen einen gangbaren Weg gibt.

Somit läuft alles auf die Frage zu, ob überhaupt eine politische Bereitschaft vorhanden ist oder erzeugt werden kann, Berlin (West) im KSZE-Prozeß eine neue Rolle zuzuweisen. In der Pflicht, eine solche Bereitschaft auszuloten, ist der Senat und noch mehr - wegen des entschieden größeren Gewichts - die Bundesregierung. Für den politischen Attentismus der Bundesregierung gegenüber Berlin (West) spricht allerdings, daß der Gedanke bis jetzt eher in Washington als in Bonn offene Ohren findet. Wo bleibt die tatkräftige Unterstützung der Bundesregierung? Sieht die Bundesregierung nicht eine Chance, eine Konstellation herbeiführen zu helfen, wie sie Ende der 60er Jahre bestand und dann zum Vier-Mächte-Abkommen zu fordern, solange das alte als Grundlage ausreicht und noch nicht voll ausgeschöpft ist. Aber es heißt, die Gunst der Stunde zu nutzen und den Erwartungen, die die Sowjetunion und die mit ihr verbündeten Staaten gegenüber den Vereinigten Staaten und der Europäischen Gemeinschaft formulieren, eigene entgegenzusetzen und in den dann folgenden allgemeinen Interessenausgleich Berlin (West) mit einzubeziehen. Eigentlich dürfte das nicht so schwer sein; denn an einer langfristig tragfähigen Lösung des Berlin-Problems im Rahmen des europäischen Entspannungsprozesses müßten auch die Sowjetunion und die DDR ein wohlverstandenes eigenes Interesse haben. Dabei wäre es Sache der DDR, selbst zu definieren, ob und wie weit sie an der hier vorgeschlagenen Rolle im KSZE-Prozeß teilhaben will. Weder ist daran gedacht, KSZE-Konferenzen und Institutionen für Berlin (West) zu monopolisieren, noch ist beabsichtigt, Berlin (Ost) gegen den Willen der DDR darin einzuvernehmen.

(-/28.12.1987/vo-he/st)

\* \* \*



„Mut zu neuen Wegen“

Verkehrssicherheitskurse könnten Unfallrisiken und Prämien senken

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Obmann der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

Immer größer wird die Zahl der Führerscheininhaber, ihr Durchschnittsalter immer geringer. Die Fahrerlaubnisprüfung zum 18. Geburtstag ist die Regel und schon steht der erste Wagen vor der Tür. Was nicht berücksichtigt wird: Das technische Verständnis unserer Jugendlichen steht in keinem Verhältnis zu ihrer charakterlichen Reife. Mangelnde Fahrpraxis, Geschwindigkeitsrausch und Fehleinschätzung der Verkehrslage und der eigenen Fähigkeiten sind die Hauptursachen für die überproportionale Beteiligung von Fahranfängern an Unfällen, deren Schäden in die Milliarden gehen.

Eine weitere Risikogruppe sind die Alkoholsünder, die man allerdings in allen Altersgruppen findet: Nichtangepaßte Geschwindigkeit und Alkohol sind die häufigsten Ursachen, wenn's gekracht hat!

Materielle Schäden werden von den Versicherungen gedeckt, die sich ihrerseits an den Prämien ihrer Kunden schadlos halten müssen: Und hier beginnt die grobe Ungerechtigkeit: Es ist einfach nicht einzusehen, daß der kluge, nüchterne, defensive Fahrer Prämien erhöhungen hinnehmen muß, weil eine Horde schwarzer Schafe durch Uneinsichtigkeit, Unreife und Leichtsinn die Schadenssummen in die Höhe treibt. Appelle sind erfahrungsgemäß ungeeignet, um Verkehrsrowdys auf den Pfad der Tugend zurückzuführen; sinnvoller ist das Belohnungsprinzip.

Allen Autofahrern, insbesondere aber Führerschein-Neulingen, sind Verkehrssicherheitskurse anzubieten; in ihnen können defensive Fahrweise und sichere Fahrtechniken vermittelt werden. Wer daran teilnimmt, kann mit einer Prämienermäßigung rechnen, denn bei ihm ist die Aussicht auf unfallfreies Fahren größer.

Die Bundesregierung muß mit den Versicherungsgesellschaften darüber verhandeln. Im Bemühen, die Verkehrssicherheit zu verbessern und Unfälle zu vermeiden, muß man auch den Mut zu neuen Wegen aufbringen.

(-/28.12.1987/vo-he/st)

